

Riesauer Tageblatt

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Herrnstr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfachamt
Riesa 1380,
Stroßstr.
Riesa Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 240.

Dienstag, 14. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabentages sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontanz gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jangner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. J. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Kabinett Brünning in Rügen.

Mit dem Zusammentritt des Reichstags hat sich die politische Lage unerwartet verschärft. Während die Kommunisten ihre Propaganda-Anträge einbrachten, drängten sich im Tiergarten große Scharen von Nationalsozialisten und verurteilten im Zentrum der Stadt bei ihrem Ummarsch große Versammlungen. In diesem Augenblick kam die Nachricht von dem Brief des Führers der Wirtschaftspartei an Dr. Brüning, in dem der Rücktritt Dr. Brüning aus dem Kabinett mitgeteilt wird. Auch von einem Rücktritt von Dr. Curtius unter dem Einfluß seiner Partei wird gesprochen. Obwohl sämtliche amtliche Pressestellen dementieren, ist mit weiteren Ueberraschungen durchaus noch zu rechnen.

Die Lage ist dadurch aufs äußerste verschärft worden. Es ist demnach wie in früheren Krisenzeiten. Jeder weiß, was gescheit wird, keiner wagt es aber offen zu sagen. Die Gold- und Devisenabflüsse aus den deutschen Banken nehmen indes nicht ab. Wenn nicht in den nächsten Tagen energisch geteufelt wird, besteht die Gefahr, daß die Banken auch ihrerseits kurzfristige Kredite kündigen müssen. Die Rückwirkung auf die deutsche Wirtschaft wäre sicher eine neue Erschütterung des Vertrauens zu den deutschen Werten. Es sind harte Einfüsse im Gange, um eine solche gefährliche Entwicklung zu bekämpfen.

Durch die Verschärfung im Metallarbeiterkonflikt sind auch die Möglichkeiten, daß von der Straße ein starker Druck auf die politischen Entscheidungen ausgeht, gestiegen. Es scheint kaum wahrscheinlich, daß der Streik noch vermieden wird, nachdem sich die Betriebsversammlungen fast einstimmig dazu erklärt haben. Möglicherweise werden sogar die Gewerkschaften gedrängt, den Streik bereits am Dienstag zu erklären, da sonst die Gefahr besteht, daß die kommunistischen Helfer die Streikbewegung von sich aus organisieren. Die Bedenken, die von maßgebenden Stellen gegen den Schiedspruch, noch bevor er gefällt wurde, erhoben wurden, bestätigen sich jetzt. In einzelnen Regierungskreisen macht man der Regierung Brüning jetzt schwere Vorwürfe, daß sie die Dinge schlichten läßt, ohne energisch einzugreifen. Man hält die Absicht des Reichsarbeitsministers, den Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären, aber auch nichts für eine neue Erbringung der Parteien auf einer gesunden Grundlage zu unternehmen, für äußerst gefährlich. Die Rufe nach einer starken durchgreifenden Zentralgewalt mehren sich, zugleich aber auch die starke Abneigung der sozialdemokratischen Führer gegen eine allzu bereitwillige Entwicklung nach rechts hinüber. Ob in dieser Lage ein „Kabinett der Fachleute“ noch helfen kann, wird von vielen Seiten bezweifelt. In den nächsten Tagen dürften für das Geschick Deutschlands entscheidende Beschlüsse gefaßt werden.

Schuldentilgungsgesetz im Reichsrat angenommen.

Das In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde das Schuldentilgungsgesetz bei Stimmenthaltung des Landes Thüringen angenommen. Durch das Gesetz wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, 250 Millionen RM. im Wege eines bis zum 15. November 1932 einschlechtig laufenden in inländischer oder ausländischer Währung auszunehmenden Anleihe zu beschaffen. In die Haushaltspläne für die Rechnungsjahre 1931, 1932 und 1933 ist ein Betrag von mindestens je 420 Millionen einzustellen. Diese Summe ist in monatlichen Teilbeträgen von 35 Millionen einem von der Reichsregierung zu ernennenden Ausschuss zu verwaltenen Fonds zuzuführen. Der Fonds dient zur Tilgung der Verbindlichkeiten und Schulden des Reiches. In der Begründung der Vorlage wird betont, selbst wenn der Fehlbetrag des Jahres 1930 die im schlimmsten Falle anzunehmende Summe von 900 Millionen erreicht, würde der im vorliegenden Gesetz geschaffene Fonds nicht nur zur Deckung dieses Fehlbetrages, sondern auch des bisher noch ungedeckten und ebenfalls auf kurzfristige Kredite gestellten Teiles des Extraordinariums ausreichen. Da neben dem Kontokorrent-Kredit von 100 Millionen bei der Reichsbank auch in künftigen Jahren verfügbare Mittel der Reichsbank und Reichspost dem Reiche kreditweise zur Verfügung stehen werden, würde auf diese Weise das Kontingent an reichsbanknotenfähigen Reichsschulden, aus deren Begebung der normale Betriebsmittelbedarf in erster Linie gedeckt wird, nicht ständig bis zur vollen Höhe von 400 Millionen auserschöpft zu werden brauchen. Hierdurch würde auf der einen Seite eine erhebliche Festigung der Kassenlage erreicht, auf der anderen Seite der Geldmarkt von den starken dauernden Anforderungen der öffentlichen Hand entlastet werden.

Aus dem Reichstag.

Das In Berlin. Die aus der Staatspartei ausgeschiedenen sechs volkswirtschaftlichen Abgeordneten haben sich als besondere Gruppe „Volkswirtschaftliche Reichsvereinsigung“ konstituiert. Abg. Bornemann wurde zum Obmann gewählt. Es wird ausdrücklich betont, daß die volkswirtschaftliche Reichsvereinsigung keinerlei Ansehen an eine andere Partei sucht. Sie hat den Reichstagspräsidenten gebeten, ihre Einsprüche denen der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen zu lesen.

Der Berliner Metallarbeiter-Konflikt.

Die Berliner Metallarbeiter für den Streik

Berlin, 14. Oktober.

In der gestrigen Urabstimmung der Berliner Metallindustrie hat sich etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft beteiligt. Von den 60 000 Stimmen waren rund 48 500 für Ablehnung des Schiedspruchs, 11 500 für Annahme des Schiedspruchs. Das bedeutet, daß sich die Dreiviertelmehrheit für den Streik entschieden hat. Die Abstimmungen werden heute fortgesetzt. An dem gestrigen Ergebnis dürfte sich kaum noch etwas ändern. Es wird erwartet, daß in der heutigen Sitzung der Streik erklärt und der Obmann der Kassendirektion der rund 140 000 Metallarbeiter proklamiert werden wird.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich gegen den Schiedspruch gewandt.

Seit früh streikten 6000 Metallarbeiter.

Die Berliner Metallindustriellen nehmen vorwiegend den Schiedspruch an. In Berlin. Das genaue zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmungen in den Betrieben der Berliner Metallindustrie liegt noch nicht vor, es steht aber fest, daß der Streik der Metallarbeiter mit großer Mehrheit beschlossen worden ist, und es ist lediglich die Frage, ob es gelingen wird, die Parteien in möglichst kurzer Zeit zu einer Verhandlung zu bewegen, oder ob der Kampf um den Lohnabbau stärkere Formen annehmen wird. Der Reichsarbeitsminister wird auf jeden Fall sich noch einmal mit der Materie zu befassen haben.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen tritt am Mittwoch in Berlin zusammen, und vermutlich wird dort der Beschluß gefaßt werden, daß die Arbeitgeber den Schiedspruch annehmen und den Reichsarbeitsminister ersuchen werden, den Spruch für verbindlich zu erklären.

Inzwischen ist es heute früh in Groß-Berlin zu Streikbewegungen bei 4 Firmen gekommen, die zum Teil auf das Vorgehen der Kommunisten zurückzuführen sind. Die Vereinnahmung aller gewerkschaftlichen Organisationsformen Angehörige in der Metallindustrie hätte sich heute vormittag zusammengelesen, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Einer kleinen Korrespondenz zufolge ist damit zu rechnen, daß zunächst nur ein Teil der dem Verband Berliner Metallindustrieller angehörenden Firmen in den Ausnahmehinrichtungen werden wird, da die Unternehmung aller Metallarbeiter die Gewerkschaften mit 2 bis 3 Millionen Mark betonen würde. Man würde sich in Gewerkschaftskreisen auch darüber schlüssig werden müssen, welche Haltung man den Kommunisten gegenüber einzunehmen hat, die heute morgen durch ihr Vorgehen bereits den Beschäftigten der Streikleitung vorgegriffen haben. Die Betriebsräte haben bereits am Montag eine „sozialistische provisorische Streikleitung“ und einen „zentralen Kampfschuss“ gebildet, der ohne Fühlung mit den Gewerkschaften arbeitet. Dem Vorgehen dieser kommunistischen Streikleitung gelang es, die Betriebe der Firmen Floyr-Berlin und Druckenmüller lahm zu legen, ebenso den Betrieb von Hoffe u. Wrede. Bei der Firma Freyler verhinderten die Kommunisten die Aufnahme der Arbeit mit der Begründung, daß kein Angehöriger der Belegschaft arbeiten werde, solange auf der Straße vor dem

Fabrikgebäude Polizeibeamte patrouillierten, die von der Geschäftsleitung aus Vorichtsgründen herbeigerufen worden waren. Insgesamt fanden am Dienstag morgen zusammen mit der Belegschaft der Firma Ecod, die bereits am Montag in den Ausnahmehinrichtungen war, etwa 6000 Metallarbeiter im Streik.

In der Fabrikfabrik Floyr, Chausseestraße 35, haben sich nach neuesten Feststellungen bei der Abstimmung von 750 Arbeitern 700 für den Streik ausgesprochen. Etwa 350 Arbeiter dieser Firma haben heute früh die Arbeit niedergelegt.

Streikbeschluß im Metallarten.

Berlin. (Funkpruch.) Das Metallarten, in dem alle am Tarifvertrag der Berliner Metallindustrie beteiligten Gewerkschaften angeschlossen sind, hat heute vormittag nach langer Beratung auf Grund des bisher vorliegenden Resultates der Urabstimmung, durch das die zum Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit bei weitem überschritten ist, beschlossen, den Streik zu proklamieren. Nach dem Beschluß soll am Mittwoch in allen 278 Betrieben, die dem BMBB angehören, die Arbeit niedergelegt werden.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir zu dem Streikbeschluß des Berliner Metallarten noch weiter erfahren, ist ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers im Augenblick nicht zu erwarten. Die Situation ist natürlich eine andere, wenn ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des am Freitag abend gefällten Schiedspruches vorliegt, dessen Ablehnung durch die Belegschaften der Berliner Metallarbeiter mit mehr als Dreiviertelmehrheit zu dem Streikbeschluß geführt hat. Falls der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches von Arbeitgeberseite vorliegt, wird der Reichsarbeitsminister entscheiden, ob er diesem Ersuchen stattgibt.

Streikbeschluß bei der AGG.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind die Abstimmungen über den Schiedspruch in den einzelnen Betrieben der AGG nicht ganz einheitlich ausgefallen. Soweit sich bisher übersehen läßt, haben sich aber 7 bis 80 Prozent der Belegschaft für die Ablehnung ausgesprochen.

Preisfestlegung in der Elektrowirtschaft.

Berlin, 14. Oktober.

Im Hinblick auf den Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie, der einen Lohnabbau von acht Prozent beim Jahresende ab 3. November vorsieht, hat die elektrowirtschaftliche Industrie beschlossen, für den Fall der Durchführung dieses Schiedspruches die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Haushaltsgeräte mit Wirkung ab 1. November um fünf Prozent zu senken. Für Waren wie Kabel, Drähte, Glühlampen und andere, für die Preisermäßigungen bereits vorgenommen sind, erfolgt besondere Regelung. Diese Preisfestlegung übersteigt bei weitem den durch die in Aussicht genommene Lohnsenkung erzielten Betrag und legt voraus, daß auch in anderen Gebieten Deutschlands und in den liefernden Industrien ein Lohnabbau erfolgt.

Zur Präsidentschaftswahl im Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt heute mittag eine Sitzung ab, in der, wie das Nachrichtenbüro des BMBB. hört, einstimmig beschlossen wurde, an der bisherigen Praxis, daß die katholische Partei den Präsidentschaften stellen soll, festzuhalten. Diesem Grundsatze wird die Fraktion auch bei der Wahl der Präsidentschaft anerkennen, unter der Voraussetzung, daß sich die Kandidaten zu der Geschäftsordnung des Reichstages bekennen und die Parteien sich verpflichten, für den Kandidaten des Zentrums im Präsidentschaftswahl zu stimmen. Als solcher wurde von der Fraktion einstimmig der Abgeordnete Oeffner vorgeschlagen.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei teilt, wie wir hören, diese Auffassung des Zentrums.

Wiedertwahl des Präsidentschaften über wahrscheinlich.

Berlin. (Funkpruch.) Nach dem Verlauf der Fraktionskämpfe des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei im Reichstag hält man in parlamentarischen Kreisen die Wiedertwahl des Sozialdemokraten Lohde zum Präsidentschaften für so gut wie gesichert. Man weiß daraufhin, daß auch bei der Wirtschaftspartei und beim Christlich-Sozialen Volksdienst die Meinung stärker geworden ist, den demobilen Präsidentschaften wieder zu wählen. Die Gruppe der Deutschen Bauernpartei läßt durchblicken, daß sie für Lohde eintreten wird. Auch wird die Staatspartei zweifellos Lohde wählen. Damit wird die Wahl Lohdes wenigstens im zweiten Wahlgang gesichert sein. Die Deutsche Volkspartei hatte sich mit der Kandidatur von Dr. Scholz für den Präsidentschaften nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß sich für dessen Wahl eine feste Mehrheit der bürgerlichen Parteien zusammenfindet. Da diese Bedingung nicht erfüllt ist, so erwartet man, daß Dr. Scholz auf seine Kandidatur verzichten wird.

standen erklärt, daß sich für dessen Wahl eine feste Mehrheit der bürgerlichen Parteien zusammenfindet. Da diese Bedingung nicht erfüllt ist, so erwartet man, daß Dr. Scholz auf seine Kandidatur verzichten wird.

Aus Kreisen der Wirtschaftspartei verlautet, daß die Reichstagsfraktion dieser Partei an ihrem Beschluß festhalte, den Abg. Dr. Wrede zurückzuführen. Wrede muß nunmehr selbst entscheiden, ob er aus seiner Fraktion austreten will, um in der Regierung zu verbleiben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte in ihrer Sitzung am Dienstag die bisherigen Vorsitzenden Dr. Breitheid, Hermann Müller, Dittmann und Wels wieder. Sie beschloß ferner, den Abg. Lohde als Präsidentschaftsvorschlag.

Die Berliner Polizei weiter in Alarmbereitschaft.

Berlin. (Funkpruch.) Nach den Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt, die, wie gemeldet, in der Umgebung der Leipziger Straße und des Potsdamer Platzes, bis in die späten Abendstunden dauerten, ist die Nacht ruhig verlaufen. Die Schutzpolizei bleibt aber weiter in erhöhter Alarmbereitschaft, da in Anbetracht des heutigen Zusammentritts des Preussischen Landtags und auch der morgigen Wahl des Reichstagspräsidenten mit erneuten Demonstrationen in der Umgebung der Parlamente gerechnet wird. Ein umfangreicher Patrouillendienst mit Schneekwagen, Verritten und Radfahrern sorgt für Überwachung der betr. Stadtteile. Vor allem wird die Polizei wegen der ankommenden in zahlreichen Fällen verletzten Baumreisbestimmungen für eine stärkere Bewachung der Baumreihe Sorge tragen. Der Preussische Landtag erhält außerdem besonderen polizeilichen Schutz.